

Statement zum Lärmaktionsplan am 13.12.2017, Vorlage  
V/687/2017/1

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr  
Oberbürgermeister!

Zunächst einmal begrüßen wir diese Vorlage, aber sie geht längst  
nicht weit genug.

„Autofahren ist schlimmer als eine Sucht!“

„ Das Auto hat sich in unserem Stammhirn festgesetzt!“

Ich muss gestehen, dass diese Aussagen nicht von mir stammen.  
Sie stammen von Hermann Knoflacher, emeritierter Professor am  
Institut für Verkehrswissenschaften der Technischen Universität  
Wien, die ich einem Interview mit dem Deutschlandfunk  
entnommen habe. Sie sind radikal, gehen aber in die richtige  
Richtung. Von ihm stammen auch die folgenden Aussagen:

In Deutschland leben rund elf Millionen Kinder unter 14 Jahren.  
Angemeldete Kraftfahrzeuge gibt es fast sechsmal so viele,  
nämlich über 62 Millionen.

Sie brauchen bei einer Wohnung kein Kinderzimmer. Sie  
brauchen im Umfeld der Wohnung keinen Spielplatz für Kinder.  
Aber Sie müssen einen Autostellplatz nachweisen oder eine  
Abgabe zahlen. Wir haben also eine Bauordnung, die ist absolut  
menschenverachtend. Und die geht zurück auf die Reichs-  
Garagenordnung vom am 1. April 1939.

Die Haushalte geben ungefähr 15 bis 16 Prozent ihres Einkommens im Wesentlichen für den Autoverkehr aus.. Aber sie geben nur 11 bis 12 Prozent für die Kinder aus.

Die Menschen in Deutschland arbeiten pro Jahr ungefähr 6 bis 7 Wochen, um sich den Autoverkehr leisten zu können, inkl. Infrastruktur.

Wir bringen weltweit 1,2 Millionen Menschen bei Verkehrsunfällen um. Wir bringen ungefähr fünf bis sechs Millionen Menschen durch die Abgase um. Und wir verletzen jedes Jahr ungefähr zwischen zwanzig und fünfzig Millionen Menschen bei Verkehrsunfällen.

Stellen Sie sich vor, das würde im Terrorismus passieren.

Wir müssen vor allem die Autofahrer sozusagen aus der infantilen Phase, in der sie sich befinden, wo man ihnen alle Wünsche von den Augen abliest und erfüllt, herausholen und müssen sie langsam dazu bringen, für das, was sie der Gesellschaft kosten, auch einen Beitrag zu leisten.

Das heißt, wenn sie zum Beispiel das Auto in der Innenstadt auf öffentlichem Grund stehen lassen oder parken, müssten sie eigentlich im Monat dreihundert bis sechshundert Euro Parkgebühr zahlen. Wenn man den Hilfeschrei der Bürgermeister hört: "Rettet unsere Städte jetzt!", so kann man ihnen nur zu rufen: Das Geld liegt auf der Straße. Die Bürgermeister müssen nur den Mut haben, das Auto anzugreifen.